

„Einheitsdrang oder Einheitszwang?“ –

Vor 75 Jahren - Fusion von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone zur SED.

Der Zusammenschluss von SPD und KPD kann nicht losgelöst von der europäischen und deutschen Nachkriegssituation und der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet werden.

Rahmenbedingungen

- Am Ende des 2. Weltkriegs war der NS-Faschismus geschlagen und Deutschland ein - besiegt und befreites – von vier Mächten geteiltes und besetztes Land.
- Bis weit in das Bürgertum schien es die Einsicht zu geben: „Neubau und nicht Wiederaufbau“ (z. B. „Ahlener Programm“ der CDU) Es schienen radikale Strukturreformen in Deutschland nötig und auch möglich.
- Die vier Mächte hatten ein gemeinsames Ziel. Deutschland sollte nie wieder so mächtig werden, dass es zur einzigen europäischen Hegemonialmacht werden könnte. Es sollte bestenfalls eine Mittelmacht werden dürfen.
- Die Verschiebung der deutschen Ostgrenze deutlich nach Westen und die Entnazifizierung und Entmilitarisierung dienten diesem Ziel.
- Es gab aber auch unterschiedliche Interessen der Alliierten:
 - Die West-Alliierten wollten den Einfluss der SU westlich der Oder (insbesondere auf einen gesamtdeutschen, kapitalistischen Staat) so gering wie möglich halten.
 - Was wollte die SU:
„Stalin wollte keine DDR. Er wollte weder einen Separatstaat auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone noch überhaupt einen sozialistischen Staat in Deutschland. Staat dessen strebte er eine parlamentarische Demokratie für ganz Deutschland an, die dem Faschismus die gesellschaftlichen Grundlagen entzog und der Sowjetunion den Zugang zu den Ressourcen des Ruhrgebiets eröffnete. Erreicht werden sollte sie in gemeinsamer Verantwortung der Siegermächte.“ (Loth; S. 10)
 - Beide Seiten (West-Alliierte und SU) misstrauten einander schon während des Krieges.
- Anlässe für Misstrauen
 - Durch die West-Alliierten: späte Eröffnung der „zweiten Front“ (Landung in der Normandie 1944), die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki (August 1945).
 - Durch die SU: Das Ausblutenlassen des Warschauer Aufstandes im Frühherbst 1944, obwohl die Rote Armee schon auf polnischem Gebiet operierte. Die Irankrise 1945/46 (Versuch Stalins die iranischen Ölvorräte unter sowjetische Kontrolle zu bringen).
 - Keine Seite wollte einen Eroberungskrieg gegen die andere Seite führen.
- Das Nichtzustandekommen einer deutschen Zentralverwaltung, führte zu einem Auseinanderdriften der Besatzungszonen.
- Ebenso der unterschiedliche Umgang mit den politischen Strömungen in Deutschland.

- SBZ. Schnelle Zulassung von 4 Parteien (KPD, SPD, CDUD u. LDPD) mit gesamtdeutschen Führungsanspruch im Juni / Juli.
- Westzonen: Sehr langsame Zulassung von Parteien erst ab Spätsommer und nur dezentral (zuerst auf Kreisebene).

Wie kam es zum Zusammenschluss von SPD und KPD in der SBZ?

- Es gab unmittelbar nach Kriegsende in der Arbeiterbewegung spontan in allen Zonen Versuche einheitliche Arbeiterparteien zu gründen. Die Besatzungsmächte (alle!) und die Führungen beider Arbeiterpartien (SPD u. KPD) haben diese Versuche verhindert. Ob sie lebensfähig und verallgemeinerbare Modelle für eine „reichsweite“ Einheit gewesen wären ist schwer zu sagen.
- Die KPD hatte ab Juni 1945 ein Zentrum: Das ZK der KPD in Berlin. Es fanden reichsweite Konferenzen der KPD statt. Sie verfügte auch über ein Programm: Den Aufruf des ZK der KPD an das deutsche Volk vom 11./12.06.1945.
- Die SPD hatte drei Zentren: Den Zentralausschuss (ZA) der SPD in Berlin, das „Büro Schumacher“ in Hannover und den Exilvorstand der SOPADE in London. Von ihnen hatten nur die „Londoner“ ein Mandat der Partei. Programmatisch gab es Aufrufe und Konzepte des ZA und des Büros Schumacher.
 - Inhaltlich gab es große Übereinstimmungen. Zu fast 100 Prozent zwischen „Londonern“ und dem „Büro Schumacher“. Zu 80 Prozent auch mit dem ZA.
 - Es gab zwischen dem ZA und den beiden anderen Zentren einen Streitpunkt. Verhältnis zur KPD und zur SU.
 - Der ZA hätte am liebsten sofort eine einheitliche sozialistische Partei gegründet. Die KPD lehnte dies ab.
 - „Londoner“ und „Büro Schumacher“ waren gegen die Gründung einer Einheitspartei. Sie beurteilten auch ein enges Bündnis mit der KPD äußerst skeptisch.
 - Sie waren der Auffassung, dass die Abkehr der KPD von einem Sowjetdeutschland und das Bekenntnis zu einer parlamentarischen Republik auf antifaschistisch-bürgerlicher Grundlage nicht aufrichtig sei, sondern ein geschickter Schachzug im Rahmen einer Strategie zur „Eroberung“ Deutschlands durch die SU.
 - Die Institutionalisierung eines Kartells der 4 Parteien (KPD, SPD, CDUD u. LDPD) verstärkte die o. g. Befürchtungen
 - Der ZA vertrat einen nationalen Führungsanspruch in der SPD, das „Büro Schumacher“ bestritt diesen Führungsanspruch.
- SPD und KPD arbeiten bei der Durchführung antifaschistischer Reformen (Bodenreform, Erziehungsreform usw.) in der SBZ eng zusammen.
- Ab September 1945 führte die KPD eine Kampagne für die „Einheit der Arbeiterklasse“ durch. Ab November wurde sehr deutlich auf eine Vereinigung von SPD und KPD gedrängt. Notfalls nur in der SBZ.
- Der ZA hoffte bis zur Konferenz von Wennigsen, seinen Führungsanspruch in der SPD zu verwirklichen.

- Kurt Schumacher trat dem entgegen und setzte sich in Wennigsen mit seiner Konzeption durch: Das „Büro Schumacher“ führt die Partei in den Westzonen, der ZA führt die Partei in der SBZ. Ein „Reichsparteitag“ ist auf unbestimmte Zeit nicht durchführbar.
- Dies war eine schwere Niederlage für den ZA.
- Am 20./ 21. Dezember 1945 trafen sich SPD und KPD in der SBZ als „Sechziger-Konferenz“. Eine Vereinigung wurde prinzipiell vereinbart, aber nach Verständnis des ZA nur gesamtdeutsch, nicht auf Zonenebene.
- Ab Januar übten auch die lokalen SMAD-Offiziere Druck auf die lokalen SPD-Organisationen, im Sinn der Vereinigung in der SBZ, aus.
- Im Februar war, erklärten wichtige Landesvorsitzende der SPD im Osten, dass sie eine Vereinigung notfalls auf Landesebene durchführen würden, wenn die Einigung auf Zonenebene nicht zustande käme.
- Am 10./11. Februar wurde die Vereinigung von SPD und KPD in der SBZ für April beschlossen.
- Die Mitgliedschaft der SPD war in dieser Frage gespalten nach verschiedenen Schätzungen war jeweils ca. ein Viertel für oder gegen die Vereinigung. Die Hälfte war nicht festgelegt.
- In der Mitgliedschaft in Rostock und Berlin gab es die Forderung, wenn kein „Reichsparteitag“ der SPD zustande käme, die SPD-Mitgliedschaft in der SBZ über die Vereinigung in einer Urabstimmung befragt werden müsse.
- In Berlin, das unter dem Vier-Mächte-Status stand, setzten die mittleren Funktionäre (besonders die Kreisvorsitzenden Franz Neumann aus Reinickendorf, Gerhard Außner aus Spandau und Curt Swolinski aus Tempelhof) eine Urabstimmung durch, die nur in den Westsektoren stattfinden konnte.
- DIE SED, die am 21. und 22. April in Berlin gegründet wurde war eine linkssozialistische Massenpartei. Ihr Vorstand war paritätisch aus ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern zusammengesetzt. Ihr Gründungsprogramm („Grundsätze und Ziele der SED“) war im Kern ein sozialdemokratisches Programm. Die Satzung war ein Kompromiss zwischen SPD und KPD Traditionen. Die Entwicklung der Partei schien offen zu sein.
- Aber: Von den 400 hauptamtlichen Mitarbeitern des SED Parteivortandes waren 350 ehemalige KPD-Mitglieder.

Folgen:

- Die Wahlen in der SBZ vom Oktober 1946 brachten der SED zonenweit 47,5 % der Stimmen.
- Bei den Wahlen in Berlin wurde die SED mit 19,5 % nur drittstärkste Partei. Die SPD kam auf über 48 % der Stimmen.
- Die Gründung der SED war ein Einschnitt in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Versuche die SED auf die Westzonen auszudehnen, wurden von den West-Alliierten unterbunden.
- Angebote der SU 1947 die SPD in der SBZ wiederzuzulassen, wenn dies von der West-SPD beantragt würde, wurden von Kurt Schumacher abgelehnt.
- Der Marshallplan und die Nichtbeteiligung Osteuropas und der SU verschärften die beginnende deutsche Teilung.

- Im selben Jahr begann auch die Umformung der SED zu einer „Partei neuen Typs“. Die 1950/51 in einer „Säuberung“ (oft dem Ausschluss aus) der Partei von Massen kritischer Sozialdemokraten und kritischer Kommunisten mündete
- Ab 1952/53 hatte die SED den Doppelcharakter einer bürokratisierten Kader- und Staatspartei und einer sozialistischen Massenpartei.

Literatur:

Bücher:

Benser, Günter: Neubeginn ohne letzte Konsequenz. Die KPD 1945/46. Der deutsche Kommunismus Selbstverständnis und Realität. Band 4. Karl Dietz Verlag, Berlin. 2009

Herrmann, Joachim (Hrsg.): Deutsche Geschichte in 10 Kapiteln. Akademie Verlag, Berlin. 1988. (DDR Geschichtsbuch)

Jodl, Markus: Amboß oder Hammer? Otto Grotewohl; eine politische Biographie. Aufbau-Taschenbuch, Berlin. 1997.

Kaden, Albrecht: Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD. 1945/46. 3. Auflage. Bonn. 1990. (Zuerst 1964 erschienen.)

Klotz, Johannes (Hrsg.): Zwangsvereinigung? Zur Debatte über den Zusammenschluss von SPD und KPD 1946 in Ostdeutschland. Distel-Verlag, Heilbronn. 1996.

Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin. 1994.

Merseburger, Peter: Kurt Schumacher. Patriot, Volkstribun, Sozialdemokrat Pantheon Verlag, Berlin. 2010.

Plener, Ulla: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen, Politik, Ergebnisse 1921 bis 1952. Berlin. 2003.

Schumacher, Kurt: Reden – Schriften – Korrespondenzen. 1945–1952. Dietz, West-Berlin/Bonn. 1985.

Helle Panke (Hrsg.): Hefte zur ddr geschichte:

Benser, Günter: Zusammenschluss von KPD und SPD 1946. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis (heft 27). Berlin 1995.

Triebel, Wolfgang: Weichenstellung für die politische Spaltung Nachkriegsdeutschlands. SPD-Konferenz in Wennigsen vom 5. bis 7. Oktober 1945. (Heft. 97) Berlin 2005

Podewin, Norbert: 20. Oktober 1946: Die erste Nachkriegswahl in Berlin. Vorgeschichte – Verlauf – Ergebnisse – Hintergründe – Folgen. (Heft 105) Berlin 2006.